



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/177 - 4.8.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Sowjetzonale Perspektiven	S. 1
Hellweges Koalitionssorgen	S. 3
Sollte das Rheinland 1923 preisgegeben werden? -Zu einer Äußerung Dr. Adenauers-	S. 5
Streiflicht auf Francois-Poncet	S. 7
Hermann Lüdemann - 75 Jahre	S. 8

## Bonn passiv - Pankow aktiv

Wo bleiben die Vorschläge der Bundesregierung?

E.Z., Berlin

Während in Bonn die verantwortlichen Männer der Regierung offenbar gar nicht daran denken, aus den in Genf gewonnenen Erkenntnissen über den Stand der Deutschlandfrage Konsequenzen zu ziehen, d.h. unter Berücksichtigung der westlichen und östlichen Stellungnahmen zum Deutschlandproblem Vorschläge auszuarbeiten, die den Außenministern als ein für das deutsche Volk und die vier Großmächte annehmbarer Weg zur Lösung dieser Frage unterbreitet werden könnten, entwickelt die Sowjetzonenregierung eine fiebrige Aktivität.

Selbstverständlich hat Pankow die von Chruschtschow gemachte Bemerkung aufgegriffen, es wäre am besten, wenn die Deutschen die Frage der Wiedervereinigung selbst lösen würden. Schon während des Besuches der sowjetischen Politiker in Oathberlin hatte Grotewohl den Zusammentritt der "Volkskammer" angekündigt mit dem Ziel, neue Beschlüsse zu der nach Genf entstandenen Lage zu fassen. Diese Sitzung des Pankower "Parlaments" soll bereits in den nächsten Tagen stattfinden, ein genaues Termin ist allerdings noch nicht bekanntgegeben.

Offensichtlich laufen zur Zeit noch Besprechungen zwischen Pankow und sowjetischen Vertretern, die der von der Sowjetzonenregierung geplanten politischen Linie gelten und die noch nicht abgeschlossen sind.

Auffällig ist, dass die bereits für den 5. August angesetzte Tagung des Großberliner SED-Parteiaktiva, auf der der ZK-Kaderchef Schirde-  
wan über das Thema "Unsere Aufgaben nach der Genfer Konferenz" spre-  
chen sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist.

Nach den Erklärungen maßgebender Funktionäre steht heute schon  
fest, dass sich die Ostberliner Volkskammer erneut mit einem Vorschlag  
an die Bonner Instanzen zu gemeinsamen Verhandlungen über die Frage  
der Wiedervereinigung wenden wird. Mit seiner Annahme rechnet niemand.  
Aber es kommt der Pankower Regierung auch gar nicht so sehr auf die  
vorgeschlagenen Verhandlungen mit Bonn an, als auf ihre Ablehnung durch  
die Bundesregierung.

Wenn bisher von Pankow meist Verhandlungen zwischen Delegationen  
der Volkskammer und des Bundestages in Vorschlag gebracht worden waren,  
so wird man in Ostberlin jetzt auf direkte Verhandlungen von Regierung  
zu Regierung bestehen. Der von der Volkskammer zu beschließende Appell  
soll gleichzeitig feststellen, dass eine ablehnende Haltung Bonns der  
Bundesregierung die ganze schwere Verantwortung dafür auferlegen würde,  
dass dann im Oktober für die Konferenz der Außenminister nicht genü-  
gend Unterlagen für die Weiterbehandlung der deutschen Frage zur Ver-  
fügung ständen und eine neue Verzögerung der Lösung der Deutschland-  
Frage eintreten müsste.

Hier tritt die Absicht Pankows deutlich zutage, der Bundesrepu-  
blik von vornherein die Schuld für ein evtl. negatives Ergebnis der  
neuen Außenministerverhandlungen in die Schuhe zu schieben. Pankow  
spekuliert offensichtlich geradezu auf die Passivität der Bonner  
Regierung, die bisher nicht die geringsten Anstalten gemacht hat, von  
sich aus in dem Sinne zu dem Genfer Ergebnis Stellung zu nehmen, dass  
durch Vorschläge über den internationalen Status eines künftigen Ge-  
samtdeutschland die Moskauer Argumente gegen eine möglichst schnelle  
Wiederherstellung der deutschen Einheit entkräftet werden.

Angeichts der Pankower Aktivität besteht die Gefahr, dass die  
immer deutlicher werdende Tendenz der Bundesregierung, die Dinge laufen  
zu lassen und alles dem Besuch Dr. Adenauers in Moskau zu überlassen,  
zum mindesten in der deutschen Frage sich sehr verhängnisvoll aus-  
wirkt.

Das Niedersachsenross bockt

-dt, Hannover

Will er sich im Lande einführen, oder will er politischen Entscheidungen ausweichen? fragt man sich in Niedersachsen, wenn in ziemlich kurzen Abständen der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, Ministerpräsident Hellwege habe diese oder jene Ausstellung eröffnet, diesen Deich besichtigt, oder jene Landschaft besucht.

Das zweite ist wahrscheinlicher als das erste. In die Vierer-Harmonie vom 26. Mai, den Tag der Regierungsbildung, schleichen sich immer schrillere Dissonanzen. Schreibt man davon eine Portion persönlicher Verärgerung ab, bleibt immer noch genug übrig, um die Zukunft der Regierung Hellwege nicht besonders rosig erscheinen zu lassen.

Das Ringen um die Staatssekretäre

Die Regierung Hellwege krankt vor allem an den Staatssekretären. Der CDU-Sozialminister hat seinen sozialdemokratischen Staatssekretär trotz bester Absichten nicht halten können, dem DP-Justizminister ist es gelungen, dies letzte freilich aus Gründen, über die man bei der DP heute nicht gerne spricht. Auch im Kultusministerium sitzt noch der politisch nicht gebundene Staatssekretär aus Kopfs Zeiten, der über den Landesbischof Lilje im Ministerpräsidenten selbst guten Schutz gefunden hat. Das wurmt vor allem den katholischen Teil der CDU, denn ihr ist in den Koalitionsabsprachen dieser Posten zugesichert worden. Den Prof. Hunke vom BHE, einst Ministerialdirektor im Goebbels-Ministerium, wollte Hellwege unter keinen Umständen als Staatssekretär im Finanzministerium haben, wie es verabredet war. Darauf hat der BHE die Daumenschrauben angezogen und Hunke zieht nun als Leiter der Wirtschaftsabteilung ins Finanzministerium ein. Für den BHE ist das die Vorstufe für den Staatssekretär; nichtsdestoweniger verhandelt Finanzminister Koch (CDU), mit den Staatsfinanzen wenig vertraut, mit zwei Fachleuten in Bonn, von denen einer Hunkes freigehaltenen Posten besetzen soll. Das ist wieder eine Rechnung, die ohne den BHE gemacht wurde.

#### Gehirntrust der DP

Außerdem geht es um einen CDU-Staatssekretär, der die sozialdemokratische Ära überlebt hat. Es ist Staatssekretär Skiba, Leiter der Staatskanzlei. Die DP, genauer gesagt, Hellwege, braucht politische Ratgeber; darum soll der "brain trust" der DP, bisher im Bundesratsministerium untergebracht, nach Hannover ziehen. Ein Hellwege nahestehender Nachrichtendienst attackierte bereits recht auffällig Skibas politische Fähigkeiten. Zu dem DP-Gehirntrust gehören noch einige Herren, die mit Ausnahmegenehmigungen in den Staatsapparat einzubauen die CDU sich bisher geweigert hat. Genannt wird u.a. der jetzige Staatssekretär im Bundesratsministerium Kiepen, von anderer Seite aber auch der ehemalige DP-Generalsekretär Lauenstein, im Dritten Reich "Reichsumsiedlungskommissar", jetzt Kommissar für die Emslandbesiedlung. Das alles gefällt der CDU umsoweniger, als abgemacht war, dass in absehbarer Zeit die DP in der CDU aufgehen sollte. (Nebenbei: Hellwege sucht auch eine seinem Range angemessene Wohnung. Was sich zunächst anbot, erwies sich als zu klein. Mindestens acht Zimmer müßten es sein, so hieß es. Man fand endlich eine Villa mit acht Zimmern. Sie sollte 200.000 DM kosten. Auch das war der CDU zuviel, und so sucht der Ministerpräsident heute noch eine Wohnung.)

Das sind mehr als Nadelstiche. Die Erttäuschung dürfte auf Gegenseitigkeit beruhen. Hellwege hat wahrscheinlich gedacht, dass er als Ministerpräsident, wie es in der Verfassung heißt, die Richtlinien der Politik bestimmen werde; die CDU hat vermutlich angenommen, dass sie im Laufe der Zeit aufholen könne, was sie in den Tagen der Regierungsbildung zu bescheiden war. In der FDP schließlich rotiert der Schlüter-Wurm und der SPD ringt nach dem Bonner Krach um eine Linie. Der Ministerpräsident befindet sich zur Zeit an einem unbekanntem Ort, um sich zu entspannen.

"Tatsachen und Behauptungen"

Adenauer, Otto Braun und die geschichtliche  
Wahrheit

Eine deutsche illustrierte Zeitschrift bringt z.Zt. in Fortsetzungen eine Biographie von Bundeskanzler Dr. Adenauer, in einer der letzten Abschnitte behauptet der Verfasser, im August 1953 erfahren zu haben, dass am 13. November 1923 auch der damalige preussische Ministerpräsident Otto Braun bereit gewesen sei, einer "Versackung" des Rhein-Ruhr-Gebietes zuzustimmen, und zwar nach einem Beschluß, den das Kabinett Stresemann am Tage zuvor gefasst hatte, Er, Adenauer, so wird es von dem Biographen dargestellt, sei an diesem 13. November in einer Sitzung, an der beide teilnahmen, auf Braun zugegangen und habe ihn in dieser Angelegenheit zur Rede gestellt. Braun habe nicht bestritten, sondern nur achselzuckend erklärt: "Sie dürfen überzeugt sein, dass auch mir der Entschluß schwer genug geworden ist. Aber es geht wirklich nicht anders, wir können bei der schwachen Deckung der Rentenmark Rheinland-Westfalen finanziell nicht durchhalten."

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete H.G.Ritzel, der sich im "Vorwärts" unter der Überschrift "Tatsachen und Behauptungen" mit dieser Angelegenheit näher befasst, greift dabei auch auf Erinnerungen Otto Brauns zurück, die dieser schon 1940 in einem in New York und Zürich beheimateten Verlag veröffentlichte. Ritzel zitiert folgende

Stellen:

"In den Kreisen, die bereits im November 1918 mit der Idee eines selbständigen Staates Rheinland-Westfalen gespielt hatten, wurde die, wenn auch nur zeitweise Loslösung des besetzten Gebietes aus dem preussisch-deutschen Staatsgefüge mit eigener Wirtschaftspolitik und eigener Währung ganz offen ventiliert. Sie war auch Gegenstand eingehender Erörterungen auf einer Konferenz, zu der die Reichsregierung die Vertreter des besetzten Gebietes nach Berlin eingeladen hatte. Wichtige Geschäfte hielten mich zeitweise von der Konferenz fern. Da kam mein Staatssekretär Weismann aufgeregt zu mir: "Herr Ministerpräsident, kommen Sie doch schnell, da drüben auf der andern Seite der Wilhelmstrasse ist Gefahr für die Erhaltung des Rheinlandes bei Preussen; man spricht von Versacken lassen des besetzten Gebietes, von eigener rheinischer Währung u.ä.m." Im Konferenzsaal empfing mich eine unbeschreibliche Atmosphäre. Man sprach darüber, wie man eine eventuelle rheinische Währung gestalten, wie man sie benennen sollte.

Ich ergriff das Wort und erklärte kurz und scharf:

'Meine Herren, Ihre Erörterungen erscheinen mir ganz gegenstandslos. So lange ich die preussischen Staatsgeschäfte leite, werde ich nie zugeben, dass das Rheinland auch nur zeitweise aus dem preussischen Staatsgefüge gelöst wird. Gegen alle derartigen Versuche wird sich Preussen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wehren. Denn die Loslösung der Rheinlande von Preussen zieht unter den obwaltenden Umständen unweigerlich ihren Verlust für das Reich nach sich, was, nachdem die wirtschaftlich wertvollsten Teile Oberschlesiens verloren gegangen sind, zur wirtschaftlichen Verkümmernng des Reiches und zur Lockerung seines Gesamtgefüges führen muß.'

Es ist merkwürdig, welche entscheidende Wirkung ein Wort zur rechten Zeit ausüben kann. Auf die Schwüle der Ratlosigkeit hatten meine Ausführungen offenbar wie ein entspannendes Gewitter gewirkt. Die dem Gedanken der Loslösung innerlich Widerstrebenden atmeten erleichtert auf und die anderen wollten nicht im entferntesten an die völlige Abkehr von Preussen und viel weniger vom Reiche gedacht haben. Die Urhebererschaft für das "Versacken lassen" wies jeder entrüstet von sich, was später noch zu heftigen öffentlichen Disputen ja sogar zu Beleidigungsprozessen führte.

Ich war mir wohl bewußt, dass durch mein entschiedenes Auftreten, durch meine, vom Augenblick eingegebene apodiktische Erklärung die Schwierigkeit nicht behoben, den unter dem harten Druck des Besatzungsregimes zunehmenden Nöten des besetzten Gebietes nicht abgeholfen war. Ich mußte auch dafür einen Weg zeigen und mir vor allem Rückendeckung durch das preussische Kabinett schaffen. Dieses beschloss in seiner Sitzung vom 3. Dezember 1923 seine Stellungnahme zur Rhein- und Ruhrfrage wie folgt festzulegen:

- a) Preussen lehnt jede ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung verfassungswidriger staatsrechtlicher Veränderungen unter allen Umständen ab, wird vielmehr allen dahingehenden Bestrebungen den schärfsten Widerstand entgegensetzen;
- b) Preussen lehnt grundsätzlich jede unterschiedliche Behandlung des besetzten Gebietes im Vergleich zum unbesetzten Gebiet ab; dabei wird vorausgesetzt, dass das besetzte Gebiet in gleicher Weise wie das unbesetzte Gebiet zu den finanziellen Lasten beiträgt;
- c) Preussen widersetzt sich auf das entschiedenste jeder nicht mit Gewalt erzwungenen Ausdehnung des Besatzungsgebietes oder der Einflussverbreiterung der Besatzungsmächte in sonstiger Form auf Teile des bisher unbesetzten Gebietes."

Diesen Beschluß teilte ich noch der Reichsregierung mit, um ihn "aktenkundig" zu machen, seine Richtlinien sind bis zum Abschluß des Ruhrabenteuers im wesentlichen maßgebend geblieben."

Soweit die Darstellung des früheren preussischen Ministerpräsidenten, der heute als 83jähriger in Lugano lebt. Ritzel stellt in seiner Untersuchung fest: "Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass dem Biographen des Kanzlers oder dem Kanzler selbst ein grundlegender Irrtum unterlaufen sein muß und ich gebe der Erwartung Ausdruck, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer selbst Gelegenheit nehmen wird, im Interesse der geschichtlichen Wahrheit diesen Irrtum zu berichtigen."

Inzwischen hat auch der frühere Reichskanzler Dr. Hans Luther, der an diesen ganzen Vorgängen in seiner Eigenschaft als Finanzminister verantwortlich beteiligt war, zu der Frage, ob das Rheinland 1923 preisgegeben werden sollte, Stellung genommen und dazu eindeutig erklärt: "An eine staatliche Trennung des Rhein-Ruhrgebietes, sei es auch nur vorübergehend, ist weder von der Reichsregierung noch von der preussischen Regierung jemals gedacht worden."

Es ist schon recht widersinnig, um nicht zu sagen grotesk, dass ein Mann wie Luther Persönlichkeiten wie den verstorbenen Reichskanzler Dr. Stresemann, den früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun und sich selbst gegen Behauptungen des damaligen Kölner Oberbürgermeisters und heutigen Bundeskanzlers in Schutz nehmen muß - und dies ausgerechnet in einer Frage, die sich auf damals vorhandene separatistische Tendenzen bezieht.--

\* \* \*

#### Francois-Poncet 's Schuldanteil

"...Wenn es einen ausländischen Staatsmann gegeben hat, der Hitler und seine Bewegung so falsch wie möglich beurteilte, so war es André Francois-Poncet, der französische Botschafter in Berlin. Aus dem, was ich über die Machenschaften weiß, die sich gegen Ende der Brüning-Ära 1932 hinter den Kulissen zugetragen haben, muss ich schliessen, dass kein anderer Diplomat eine größere direkte Verantwortung für die Machergreifung Adolf Hitlers trägt, als dieser brillante, stets witzelnde französische Politiker.

Nach Francois-Poncet's Meinung war der unbestechliche Kanzler Heinrich Brüning zu geistreich und verfügte über zu viel Erfahrung im gerissenen Spiel der internationalen Politik. Andererseits war Hitler ein Narr und politischer Dilettant - so Francois-Poncet zum verstorbenen amerikanischen Botschafter William E. Dodd. Mit dem Naziführer an der Macht, so dachte er, würde es viel leichter sein, zu günstigen Abmachungen für Frankreich zu kommen. Daher wäre ein Adolf Hitler auf dem Kanzlerstuhl besser als ein Heinrich Brüning.

Zu jener Zeit war der französische Botschafter in Deutschland eine gewichtige Persönlichkeit. Seine Meinung beeinflusste nicht nur den Quai d'Orsay, sondern auch Downing Street und zahlreiche Staaten, die als Anhängsel hinter Frankreich herzogen. Aus diesem Grunde ist die Behauptung nicht übertrieben, dass Francois-Poncet die teilweise Antwort auf die Frage darstellt: 'Warum wurde Hitler nicht gestoppt?'

Aus "What about German?" von  
Louis P. Lochner, dem langjährigen  
(1924-1940) Chefkorrespondenten  
von AP in Berlin.

\* \* \*

Zum 75. Geburtstag Hermann Lüdemanns

J. Hermann Lüdemann, eine der profiliertesten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein, feiert am Freitag, dem 5. August, seinen 75. Geburtstag. Trotz seines hohen Alters ist der bekannte Politiker nicht untätig. Er bemüht sich, die Impulse, die er 1947 bis 1949 als Ministerpräsident des Landes gab, weiter wirksam werden zu lassen. Neben der Flüchtlingsumsiedlung und der Neugliederung der Ländergrenzen geht es ihm vor allem um die verkehrsmäßige Erschließung des östlichen Schleswig-Holsteins.

Aber Hermann Lüdemann verkörpert nicht nur ein Stück Nachkriegsgeschichte, er ist auch einer jener wenigen Männer, die in maßgebenden politischen Stellungen die wechselvollen Geschehnisse vom Kaiserreich bis zum Ende der Bundesrepublik miterlebten und sich dabei die großen Leitgedanken von Sozialismus und Liberalismus bewahrten.

Am 5. August 1880 in Lübeck geboren, fand Hermann Lüdemann als junger Ingenieur über die Gewerkschaften zur SPD. In den Jahren 1905 bis 1912 war er Geschäftsführer des Bundes Technischer Angestellter und Beamten (BUTAB). Das Jahr 1918 sah ihn in Berlin bei Friedrich Ebert. 1920 wurde er Finanzminister der preussischen Regierung. In dieser Eigenschaft gelang es ihm u.a. auch, die Arbeiterwirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, sowie die Arbeiterakademie an der Frankfurter Universität ins Leben zu rufen, wie ihn Fragen der gründlichen Nachwuchsausbildung im politischen Bereich immer besonders stark interessierten.

Seine politische Laufbahn, er war 1927 Regierungspräsident in Lüneburg und später Oberpräsident von Schlesien, wurde 1933 jäh unterbrochen. Während der NS-Zeit warf man ihn ins Gefängnis, später ins KZ. Nach der Entlassung stand er mit Leuschner und Mierendorff in Pöhlung. Der Attentatsversuch des 20. Juli 1944 hatte seine erneute Verhaftung zur Folge.

Das Jahr 1945 sah Lüdemann in Mecklenburg, ein Jahr später hatte er eine führende Position in der Berliner SPD. Von dort trieb es ihn in die Heimat zurück, wo er heute noch als Landtagsabgeordneter und Alterspräsident des Landtages vor allem immer dann das Wort ergreift, wenn er glaubt, dass die Grundlagen des freiheitlichen demokratischen Denkens gefährdet sind. \* \* \*